seinen Produktionsapparat verdoppelt, fast alle Goldvorräte der Welt an sich gebracht und seine militärische Macht stark gesteigert. Der innere Markt ist für die amerikanische Industrie und Landwirtschaft zu eng geworden. Schon machen sich in den Vereinigten Staaten von Amerika Anzeichen einer Überproduktionskrise bemerkbar. Deshalb drängen die amerikanischen Monopolkapitalisten mit aller Kraft nach der Ausdehnung ihres Wirkungsbereichs über den ganzen Erdball.

Diesem Streben stehen die freiheitlichen Völker im Wege, die sich nicht dem amerikanischen Monopolkapitalismus unterordnen wollen, nachdem sie die faschistische Knechtschaft des deutschen, italienischen und japanischen Imperialismus abgewehrt haben. Im Kampf um ihre Unabhängigkeit und um eine demokratische Ordnung werden die freiheitliebenden Völker von der Sowjetunion unterstützt.

Die Sowjetunion hat den hervorragendsten Anteil an der Niederwerfung der faschistischen Angreifer geleistet und in Frieden und Krieg die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung bewiesen. Sie setzt unbeirrbar den Kampf gegen Faschismus und Reaktion, für Demokratie und Frieden fort, denn der Sozialismus braucht zu seiner Entwicklung den Frieden.

Auch die fortschrittlichen Kräfte in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Großbritannien, Frankreich und anderen Ländern kämpfen gegen die Herrschaftsansprüche des Monopolkapitals, die den Frieden bedrohen. Gegen alle diese friedliebenden Kräfte haben die reaktionären Kreise in der ganzen Welt eine wüste Hetze entfesselt, die sich in erster Linie gegen die Sowjetunion richtet.

Ein Instrument zur Durchführung der monopolkapitalistischen Absichten ist der sogenannte Marshallplan. Unter dem Vorwand einer Hilfe für die notleidenden Völker Europas soll durch Kredite und Warenlieferungen, die den Interessen der amerikanischen Konzerne und Großbanken entsprechen, die Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten hinausgeschoben werden, auch wenn die Entfaltung der Produktionsfähigkeit der anderen Länder dadurch verzögert wird. In der Bindung dieser Kredite an politische Bedingungen sehen diese Länder eine Gefährdung ihrer nationalen Selbständigkeit. Weil die Länder mit antifaschistisch-demokratischen Ordnungen kein geeignetes Objekt für diese Absichten sind, darum will das internationale Monopolkapital die Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung und ihre Sicherung durch die Beseitigung des Großgrundbesitzes und der Monopolkapitalisten verhindern.